

274032-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen – Objektplanung
Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke (RRB) Lph. 1 - 4
OJ S 83/2025 29/04/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Ost
E-Mail: Vergabe.ost@autobahn.de
Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Objektplanung Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke (RRB) Lph. 1 - 4
Beschreibung: Objektplanung Verkehrsanlagen (Lph. 1 - 4 gemäß § 48 HOAI) einschließlich besondere Leistungen und Ingenieurbauwerke - Regenwasserbehandlungsanlage (Lph. 1 - 4 gemäß § 44 HOAI) einschließlich besondere Leistungen
Kennung des Verfahrens: 01c046f5-a1ee-4dc9-8682-74aaf21c325b
Interne Kennung: A1032900101
Verfahrensart: Offenes Verfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71311220 Dienstleistungen im Straßenbau, 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Halle (Saale)
Postleitzahl: 06112
Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)
Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 340 326,51 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Für die geforderten Angaben, Nachweise und Erklärungen sind die vom Auftraggeber vorgefertigten Vergabeunterlagen zu verwenden. Die Vergabeunterlagen fassen die gewünschten Informationen und Nachweise der Bekanntmachung zusammen. Die Abgabe des Angebotes ist zwingend in seiner Form einzuhalten. Die geforderten Nachweise und gewünschten Erklärungen sind entsprechend der vorgegebenen Nummerierung der Anlagen zu den jeweiligen Kapiteln der Angebotsunterlagen zu gliedern und zu sortieren. Die

Nichtverwendung sowie die unvollständige Verwendung / Ausfüllung der vorbereiteten Angebotsunterlagen können zu einem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Für die Angebotsauswahl werden nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt, darüber hinaus gehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Ein Verweis auf frühere Einreichung von Angeboten reicht nicht aus. Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden besonders auf die Möglichkeit der Bildung von Bietergemeinschaften hingewiesen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Korruption: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 oder 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Betrug: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Zahlungsunfähigkeit: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, soweit Ihr Unternehmen beitragspflichtig ist.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Auf gesondertes Verlangen: Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen. Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Angaben, dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vorliegen (§ 124 (2) GWB). Ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Objektplanung Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke (RRB) Lph. 1 - 4

Beschreibung: Im Zuge der Erweiterung der PWC-Anlage "Am Neukirchener Wald" (A 72 am Betriebs-km 97,4), welche derzeit nur 17 bzw. 18 Lkw Stellplätze pro Fahrtrichtung aufweist, wird eine Gesamtkapazität von jeweils 50 Lkw Stellplätzen angestrebt. Um das bestmögliche Erweiterungskonzept zu ermitteln, bei dem sowohl ökologische als auch ökonomische Aspekte berücksichtigt werden, ist es erforderlich, im Rahmen einer konventionellen Stellplatzerweiterung bis zu drei Varianten zu untersuchen und miteinander zu vergleichen. Im Ergebnis ist eine Vorzugsvariante zu benennen und zu begründen. Die Planungsaufgabe umfasst die Neuordnung der Verkehrsflächen sowie die Untersuchung potenzieller Erweiterungsflächen im direkten Umfeld der PWC-Anlage "Am Neukirchener Wald", wenn die bestehenden Grundstücke des Bundes für die angestrebte Stellplatzanzahl nicht ausreichend sind. Die Möglichkeit einer zukünftigen Umsetzung des telematischen Parkverfahrens ist im Rahmen der Voruntersuchung abzuwägen. Die Grundlage zur Entscheidungsfindung ist in einer Bewertungsmatrix zu erarbeiten, welche den Entscheidungsprozess transparent und nachvollziehbar mittels Punktesystem darlegt. Im Zuge der Erweiterung muss die Entwässerung der Flächen gewährleistet werden. Im Bestand sind im Abschnitt der PWC-

Anlage keine Regenrückhaltebecken vorhanden. Die Entwässerung erfolgt über die vorhandenen Leitungssysteme sowie über großflächige Versickerung in die vorhandenen Grünflächen. Die Entwässerungssituation im Bestand und im neugeplanten Zustand wird durch den Verkehrsplaner geprüft. Aufgrund der Flächenvergrößerung im Zuge der Erweiterung der PWC-Anlage "Am Neukirchener Wald" ist zu prüfen, inwieweit eine Retention des Straßenoberflächenwassers notwendig ist. In Abhängigkeit der Ergebnisse wird die Planung einer neuen Anlage zur Behandlung und Rückhaltung des Straßenoberflächenwassers inklusive Zufahrten notwendig.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71322500 Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71311220 Dienstleistungen im Straßenbau, 71322000

Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Jahnsdorf

Postleitzahl: 09387

Land, Gliederung (NUTS): Erzgebirgskreis (DED42)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 18/07/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/08/2028

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 340 326,51 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch

geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:

other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Eigenerklärung mit

Angaben und Nachweisen über die Ausführung von Leistungen in den letzten 10 Jahren (seit 2015), die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV).

Mindeststandard: Der Bieter muss mindestens folgende Leistungen erbracht haben: -

Mindestens 1 Objektplanungsleistung für Verkehrsanlagen nach RE 2012 in den

Leistungsphasen 2 oder 3 oder 4 gem. § 47 HOAI (Objektplanung Verkehrsanlagen) bzgl. des Neubaus oder der Erweiterung einer Verkehrsanlage betreffend einer Autobahn, Bundesstraße oder Land- bzw. Staatsstraße, die ab 2015 vollständig erbracht wurde. (Neubau oder Erweiterung im Sinne HOAI 2021, § 2 Begriffsbestimmung Abs. (1), Abs. (2), Abs. (4) und Abs. (5)) - UND - - Mindestens 1 Objektplanungsleistung für Ingenieurbauwerke, Planungsleistungen nach RE-ING in den Leistungsphasen 2 oder 3 oder 4 gem. § 43 HOAI (Objektplanung Ingenieurbauwerke) bzgl. Planungen ei-nes Bauwerks der Abwasserentsorgung oder einer Anlage der Abwasserentsorgung, die ab 2015 vollständig erbracht wurde. Entsprechende Nachweise oder sonstige Bescheinigungen zu den ausgeführten Leistungen, aus denen die Erfüllung der Mindestanforderungen hervorgeht, sind auf einer gesonderten Anlage mit dem Angebot einzureichen. Alternativ wird auch eine Referenzbescheinigung des Auftraggebers akzeptiert. Benannte Nachweise und Erklärungen sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers auch von Nachunternehmern und Mitgliedern einer Bietergemeinschaft einzureichen.

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Eigenerklärung mit Angaben und Nachweisen zu technischen Fachkräften, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV). Mindeststandard: Der Bieter muss Fachkräfte mit mindestens folgender Befähigung nachweisen: - mind. 1 Projektleiter mit ≥ 3 fachrelevante Berufsjahre in der Projektleitung im Bereich Objektplanung Verkehrsanlagen. Als fachrelevante Berufsjahre werden ausschließlich Tätigkeiten in der Projektleitung im Bereich Objektplanung Verkehrsanlagen gewertet. - mind. 1 Mitarbeiter 1 - Objektplanung Verkehrsanlagen mit ≥ 1 fachrelevantes Berufsjahr in der Objektplanung Verkehrsanlagen. Als fachrelevante Berufsjahre werden ausschließlich Tätigkeiten als Objektplaner Verkehrsanlagen gewertet. - mind. 1 Mitarbeiter 2 - Objektplanung Ingenieurbauwerke - Entwässerung mit ≥ 3 fachrelevante Berufsjahre in der Objektplanung Ingenieurbauwerke - Entwässerung. Als fachrelevante Berufsjahre werden ausschließlich Tätigkeiten als Objektplaner im Bereich der Objektplanung Ingenieurbauwerke im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung gewertet. Alle vorgenannten Fachkräfte müssen mind. ein abgeschlossenes Hochschulstudium (Bachelor, Master, Dipl.-Ing.) im Bereich des Bauwesens vorweisen. Im Rahmen des Verfahrens werden gemäß des deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) auch Mitarbeiter berücksichtigt, die nachweislich über einen Meistertitel (Bachelor Professional) im Bauwesen verfügen. Entsprechende Nachweise, in Form von Studiennachweisen, Lebenslauf oder sonstigen Bescheinigungen bzw. Angaben wie Berufserfahrung und ausgeübten Tätigkeiten zu den Personen, sind auf einer gesonderten Anlage mit dem Angebot einzureichen. Benannte Nachweise und Erklärungen sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers auch von Nachunternehmern und Mitgliedern einer Bietergemeinschaft einzureichen.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Angabe, welche Teile des Auftrags unter Umständen an Unterauftragnehmer vergeben werden sollen (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV). Mindeststandard: Bieter sind nur dann geeignet, wenn die von ihnen benannten Unterauftragnehmer den Mindeststandards für die übernommenen Leistungen genügen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Eigenerklärung und Nachweis darüber, dass eine Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 3 Mio. € und für sonstige Schäden (Sach- und

Vermögensschäden) in Höhe von mindestens 3 Mio. € besteht. Es ist zu bestätigen, dass die Maximierung mindestens das 2-fache der genannten Deckungssummen pro Jahr beträgt. Bei Bietergemeinschaften sind Eigenerklärung und Nachweis durch jedes Mitglied getrennt zu erbringen. oder Eigenerklärung, dass der Bieter/ die Mitglieder der Bietergemeinschaft derzeit zwar nicht über eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit vor genannten Mindestdeckungssummen verfügt/-en, der Bieter/(alle) Mitglieder der Bietergemeinschaft sich aber verpflichtet/-n, im Fall des Zuschlages eine entsprechende Versicherung abzuschließen oder eine bestehende Versicherung für die Dauer des Auftrags entsprechend zu erhöhen. Bei Bietergemeinschaften sind Eigenerklärung und Nachweis durch jedes Mitglied getrennt zu erbringen. Entsprechende Nachweise, in Form von Versicherungsnachweis bzw. Bestätigung des Versicherers über den Abschluss der Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder auf Erhöhung der Versicherungssumme im Auftragsfall, sind auf einer gesonderten Anlage mit dem Angebot einzureichen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Klarstellend wird auf die gesetzliche Regelung des Art. 5k VO (EU) Nr. 833-2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, hingewiesen. Die als Formular vorgegebene Eigenerklärung im Formblatt EIGENERKLAERUNG_BEZUG_RUSSLAND, mittels derer die Auftraggeber die Einhaltung der vorgenannten Vorschrift zu prüfen haben, ist abzugeben.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er freiberufliche Leistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit dem Angebot einzureichen: Erklärung, dass das Unternehmen zur Erbringung der Dienstleistung berechtigt ist und die Berufsqualifikation gem. § 75 (1), (2), (3) VgV bzw. § 44 VgV besitzt. Entsprechende Nachweise, in Form von Berufs-/Handelsregisterauszug oder Nachweis der Zugehörigkeit zu den Freien Berufen, sind auf einer gesonderten Anlage mit dem Angebot einzureichen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Ausbildung, Berufserfahrung, Referenzen Projektleiter

Beschreibung: siehe Formular "Gewichtung_Eigenerklärung_Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Ausbildung, Berufserfahrung, Referenzen Mitarbeiter 1 Objektplanung Verkehrsanlagen

Beschreibung: siehe Formular "Gewichtung_Eigenerklärung_Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Ausbildung, Berufserfahrung, Referenzen, Mitarbeiter 2 Objektplanung
Ingenieurbauwerke Entwässerung

Beschreibung: siehe Formular "Gewichtung_Eigenerklärung_Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Honorar/Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabe.autobahn.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=Details&TenderOID=54321-Tender-1966b856505-53d862ab5a926c92>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabe.autobahn.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe.autobahn.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 03/06/2025 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 38 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen richtet sich nach § 56 VgV.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 03/06/2025 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Eröffnungstermin — Beschreibung: entfällt - ohne Bieter

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Die Autobahn GmbH des Bundes

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann ein Nachprüfverfahren bei der Vergabekammer beantragt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Ost

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Ost

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Ost

Registrierungsnummer: USt-ID DE329214156

Postanschrift: Magdeburger Straße 51

Stadt: Halle (Saale)

Postleitzahl: 06112

Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: Vergabe.ost@autobahn.de

Telefon: +49 34594099551

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Profil des Erwerbers: <https://vergabe.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: N.N.

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Internetadresse: https://www.bundeskartellamt.de/DE/Vergaberecht/vergaberecht_node.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt.-ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: recht@autobahn.de

Telefon: +49 30640964911

Fax: +49 30403680811

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt. ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: recht@autobahn.de

Telefon: +49 30640964911

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-7007

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: fdf9234-fee1-4266-8531-6e93b0a3c392 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/04/2025 14:45:52 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 274032-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 83/2025

Datum der Veröffentlichung: 29/04/2025